



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **33. Sitzung (öffentlich)**

5. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:35 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

bestätigt der Ausschuss die Tagesordnung gemäß Einladung  
E 16/369 – 2. Neudruck.

#### **1 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes**

**8**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2722

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN und Nichtbeteiligung der FDP angenommen.

**2 Direkte Demokratie muss bürgerfreundlich und rechtssicher sein! 10**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2116

Ausschussprotokoll 16/267

Sodann lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU ab.

**3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz und dem Bundeskindergeldgesetz 13**

Vorlage 16/921

Die erforderliche Anhörung des Ausschusses ist ohne Aussprache bei Kenntnisnahme der Vorlage erfolgt.

**4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 14**

Vorlage 16/957

Mit der Behandlung der Vorlage im Ausschuss ist die erforderliche Anhörung erfolgt.

**5 Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger 15**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3244

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der PIRATEN überein, eine Anhörung zu dem Thema in pflichtiger Besetzung durchzuführen; Einzelheiten sollen nach der Sommerpause festgelegt werden.

- 6 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten** **16**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2118

Der Ausschuss kommt überein, zunächst den weiteren Beratungsfahrplan des federführenden Ausschusses abzuwarten.

- 7 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen** **17**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2622

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

- 8 Gesetz zur Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen** **18**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3248

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen.

- 9 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungs-gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen** **19**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2977

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von PIRATEN und CDU an.

- 10 Landesregierung darf Kommunen bei Konversion und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union!** 20

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3205

Der Ausschuss beabsichtigt, pflichtig an der Anhörung teilzunehmen; dies wird dem federführenden AWEIMH mitgeteilt.

- 11 Achtung! YES, WE SCAN!  
Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!** 21

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3249

Der Ausschuss will zunächst das weitere Beratungsverfahren des federführenden Innenausschusses abwarten und dann über die Beteiligung am weiteren Beratungsverfahren befinden.

- 12 Trödelmärkte in der Kommune** 23

Bericht  
der Landesregierung

Vorlage 16/985

- 13 Einigung bei der Abrechnung der Einheitslasten – Auswirkungen für die Kommunen sowie Auswirkungen durch den Beschluss über die Flutopferhilfe für die Kommunen** 24

Bericht  
der Landesregierung

Vorlage 16/981

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

**14 Verschiedenes 25****14.1 Terminplan 2014 25**

Der Ausschuss stimmt dem vorliegenden Terminplan für  
2014 – siehe Anlage zu TOP 14.1 – zu.

**14.2 Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge 25**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/2124

**14.3 Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und  
transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanz-  
aus gleich 25**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2883

**14.4 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Än-  
derung kommunalerfassungsrechtlicher Vorschriften 25**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3387

Der Ausschuss kommt überein, nach der voraussichtlichen  
Überweisung des Gesetzentwurfes durch das Plenum an  
den AKo im schriftlichen Verfahren eine Anhörung der kom-  
munalen Spitzenverbände und der kommunalpolitischen  
Vereinigung der Parteien durchzuführen.

\* \* \*



**9 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2977

**Vorsitzender Christian Dahm** merkt an, der Gesetzentwurf sei am 19. Juni 2013 durch das Plenum an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden. Der Ausschuss für Kommunalpolitik sei neben anderen Ausschüssen mitberatend tätig. Der federführende Ausschuss habe mitgeteilt, dass er keine Anhörung von Sachverständigen durchführen wolle, sondern umgehend ein Votum erwarte.

**Kai Abruszat (FDP)** kündigt an, dass seine Fraktion diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen werde. Generell werde hinsichtlich der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens eine Evaluation erwartet. Insofern sehe man keine dringende Notwendigkeit für die vorgezogene Bewertung, die mit dieser Vorlage einhergehe.

**Frank Börner (SPD)** kündigt Zustimmung für seine Fraktion an; denn es sei dringend notwendig, den Wust an Gerichtsurteilen in diesem Zusammenhang abzustellen. Ferner solle auch mehr Transparenz in Verwaltungshandeln gebracht werden. In Gesprächen sollte man zu einer einvernehmlichen Lösung finde, damit die Gerichte mit solchen Dingen nicht weiter beschäftigt würden.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von PIRATEN und CDU an.

